



Bild oben:
Die von der Claims Conference
unterstützte Holocaust-Überlebende
Sofiya Karakots mit ihrem Hund vor
ihrem Holzhaus in der Ukraine,
ca. 2012
Foto: Marco Limberg

Titelbild:
Bundeskanzler Konrad Adenauer
unterzeichnet am 10. September 1952
das Luxemburger Abkommen zur
Wiedergutmachung nationalsozia-
listischen Unrechts
Foto: Claims Conference (2017):
65 Jahre Claims Conference, S. 11

Die im Deutschen Bundestag gezeigte Ausstellung zum 70. Jahrestag des Luxemburger Abkommens wurde vom Bundesministerium der Finanzen und der Claims Conference unter Mitwirkung des Knesset-Museums des israelischen Parlaments konzipiert.



Bundesministerium
der Finanzen



Besichtigung

Die Ausstellung wird vom 7. September 2022 bis zum 5. Oktober 2022 im Deutschen Bundestag gezeigt. Sie kann montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr besucht werden:
Paul-Löbe-Haus, Eingang West
Konrad-Adenauer-Straße 1, 10557 Berlin-Mitte

Eine Anmeldung per Telefon (+49 30 227-38883), per E-Mail (ausstellungen@bundestag.de) oder online (www.bundestag.de/parlamentarische_ausstellung) ist notwendig. Hierbei sind folgende Angaben zu machen: der vollständige Vor- und Zuname, das Geburtsdatum sowie Datum und Uhrzeit des gewünschten Besuchstermins.

Aktuelle Informationen zu der Ausstellung und den Besuchsmöglichkeiten finden Sie unter dem folgenden Link, zu dem Sie auch über den abgebildeten QR-Code gelangen:



www.bundestag.de/ausstellung-luxemburger-abkommen

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit
Text zur Ausstellung: Bundesministerium der Finanzen und Claims Conference
Gestaltung: Deutscher Bundestag, Referat Zentrale Bedarfsdeckung und Logistik
Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele
Druck: Ortmaier Druck GmbH, Frontenhausen
Stand: August 2022

© Deutscher Bundestag, Berlin
Alle Rechte vorbehalten.
www.bundestag.de

Datenschutzhinweis:
Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ernst. Unsere
Datenschutzhinweise finden Sie unter www.bundestag.de/datenschutz.



Deutscher Bundestag

70 Jahre Luxemburger Abkommen zwischen Deutschland, Israel und der Jewish Claims Conference: Versuch einer Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts



Die Shoah gilt als das größte Menschheitsverbrechen und bildet das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Der Versuch der Nationalsozialisten und ihrer Verbündeten, die Juden zu vernichten, führte zu fast sechs Millionen Morden, zu Raub und Terror und zu unendlichem Leid.

Das Ende der Verfolgungen bedeutete jedoch nicht das Ende der Not: Unzählige Menschen mussten inmitten des durch Krieg und Verheerung zerstörten Europas ein neues Leben beginnen. Hunderttausende hatten nichts mehr als ihr oftmals versehrtes Leben und konnten oder wollten nicht wieder in ihre Heimat zurück.

Nur sieben Jahre nach dem Ende des Holocaust setzten sich die Bundesrepublik Deutschland, der Staat Israel und die Conference on Jewish Material Claims Against Germany zusammen und verhandelten das Unmögliche. Nach zähem Ringen schlossen diese drei Parteien, die es so vor dem Krieg nicht gab, im September 1952 in Luxemburg ein Abkommen, das historisch ein Meilenstein war. Es war der Beginn, sich der Herausforderung zu stellen, den Nöten der überlebenden Menschen zu begegnen und sie abzumildern. Wie konnten die drei Parteien das schaffen? Wie ist die Entwicklung seitdem verlaufen?



Bild links:
Überlebende bei ihrer Befreiung
von Auschwitz, Polen, 1945
Foto: Yad Vashem

Bild oben:
Schreiben von Bundeskanzler Konrad
Adenauer an den Vorsitzenden der
Claims Conference, Nahum Gold-
mann, vom 6. Dezember 1951
*Foto: Zionistisches Zentralarchiv
Jerusalem*

6. Dezember 1951

Bundesrepublik Deutschland,
Bis. Bundeskanzler

Herrn
Dr. Nahum Goldmann,
Vorsitzender der Conference of Jewish Claims
Against Germany
z.Zt. London

Sehr geehrter Herr Dr. Goldmann,

Unter Bezugnahme auf die Erklärung, die die Bundesregierung am 27.9.1951 im Bundestag abgab und in der sie sich bereit erklärte, mit Vertretern des jüdischen Volkes und Israels Verhandlungen wegen der Wiedergutmachung der unter dem Nazistischen Regime entstandenen Schäden aufzunehmen, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Bundesregierung den Zeitpunkt fuer gekommen erachtet, in dem solche Verhandlungen beginnen sollten. Ich bitte Sie in Ihrer Eigenschaft als Vorsitzender der Conference of Jewish Claims Against Germany, sowohl dieser Konferenz als auch der Regierung Israels von dieser Bereitschaft Kenntnis zu geben.

Ich möchte dazu bemerken, dass die Bundesregierung in dem Problem der Wiedergutmachung vor allem auch eine moralische Verpflichtung sieht, und es fuer eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes haelt, das Moegliche zu tun, um das an den juedischen Volke begangene Unrecht wiedergutzumachen. Die Bundesregierung wird in diesem Zusammenhang die Moeglichkeit begruessen, durch Warenlieferung zu dem Aufbau des Staates Israel einen Beitrag zu leisten. Die Bundesregierung wird bei diesen Verhandlungen die Ansprueche, die die Regierung des Staates Israel in ihrer Note vom 12.3.51. gestellt hat, zur Grundlage der Besprechungen machen.

Mit vorzueglicher Hochachtung
Ihr ergebener
A D E N A U E R

Die Ausstellung zeigt auf neun großen, von innen beleuchteten Ausstellungswürfeln die Geschichte jüdischer materieller Ansprüche nach der Shoah sowie die deutschen Bemühungen, Verantwortung für die Verbrechen im Nationalsozialismus zu übernehmen. Mit Bildern, Texten und Grafiken wird veranschaulicht, wie sich diese wichtige Aufgabe in den letzten 70 Jahren entwickelte, welche Veränderungen und Verbesserungen es gab und was für die Zukunft geplant ist. Die Betroffenen, die Überlebenden des Holocaust, sind dabei stets Mittelpunkt der Ausstellung. Über allem stehen die vielfältigen Aspekte und Perspektiven dieser über Jahrzehnte immer wieder neu und weiter gemeinsam verhandelten und beschlossenen Bemühungen um das gleiche Ziel. Die Ausstellung macht deutlich: Zwar können die Verbrechen der Nationalsozialisten nicht „wiedergutmacht“ werden, die Bemühungen zum Wohle der Opfer aber dürfen nicht enden.



Bild rechts:
Verhandlungsdelegation der Claims
Conference bei Gesprächen mit
Vertretern des Bundesministeriums
der Finanzen im März 2011,
v. l. n. r.: Ben Helfgott, Roman Kent,
Botschafter Stuart Eizenstat,
Greg Schneider, Saul Kagan,
Botschafter Reuven Merhav
*Foto: Claims Conference (2017):
65 Jahre Claims Conference, S. 34*